



Die Stadt Freiburg im Breisgau ist mit ihren rund 240.000 Einwohnern die viertgrößte Stadt des Bundeslandes Baden-Württemberg. Als kommunale Gebietskörperschaft ist sie Mitglied in zahlreichen grenzüberschreitenden Institutionen und Netzwerken am Oberrhein wie dem Eurodistrict Eurhena, dem Oberrheinrat und dem Städtenetz Oberrhein. 2021 wurde die Stadt Freiburg Mitgesellschafterin der deutsch-französischen Gesellschaft Novarhena, die für den Aufbau eines umweltfreundlichen Gewerbeparks bei Fessenheim gegründet wurde.

Kontakt: Stadt Freiburg im Breisgau / Persönliches Referat des Oberbürgermeisters
Team Internationales

Adresse: Rathausplatz 2-4,
79098 Freiburg im Breisgau
T +49 761 2187 1042
Homepage: www.freiburg.de

Stadt Freiburg im Breisgau: Stellungnahme zur öffentlichen Debatte (« Débat publique ») über das Projekt Technocentre in Fessenheim

1. EINLEITUNG

Die Stadt Freiburg im Breisgau begrüßt die Möglichkeit, sich im Rahmen der öffentlichen Debatte über das Projekt Technocentre in Fessenheim einbringen zu können. Sie bedankt sich bei der Sonderkommission (CPDP) für die Organisation der öffentlichen Debatte und insbesondere für die expliziten Bemühungen zur Einbeziehung der deutschen Partner wie die Bereitstellung einer Simultanverdolmetschung bei den meisten Veranstaltungen.

Angesichts der räumlichen Nähe zu Fessenheim und der grenzüberschreitenden Bedeutung des geplanten Technocentre zur Wiederaufbereitung radioaktiver Metalle liegt es im Interesse Freiburgs, die potenziellen Auswirkungen auf die Umwelt, die Gesundheit der Bevölkerung und die regionale Entwicklung konstruktiv zu begleiten.

Fessenheim und die umliegenden Gemeinden wurden nach der Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim als Teil eines Modellprojekts für nachhaltige Entwicklung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit definiert. Es besteht jedoch die Sorge, dass die Einrichtung eines Technocentre in Widerspruch zu den Zielen steht, die im Rahmen des Zukunftsprozesse Fessenheim („projet de territoire de Fessenheim“) und des Aachener Vertrags formuliert wurden.



2. GESUNDHEIT UND UMWELT

2.1. Zulieferverkehr

Risiken durch Transport: Die Stadt Freiburg blickt mit Sorge auf den grenzüberschreitenden Transport von schwach radioaktiven Metallen aus verschiedenen europäischen Ländern. Mögliche Risiken umfassen potenzielle Unfälle, die zu Freisetzungen von radioaktiven Partikeln führen könnten.

Vorschläge: Die Stadt Freiburg fordert klare Sicherheitskonzepte für den Transport, einschließlich spezieller Überwachungs- und Notfallmaßnahmen. Zudem sollten die Transportwege transparent dargelegt werden, um die Anwohner entlang der Strecken umfassend zu informieren.

2.2. Lagerung auf dem Gelände

Zwischenlagerung: Die Lagerung von angelieferten Metallen und anfallenden Rückständen auf dem Gelände des Technocentre stellt ein potenzielles Risiko dar.

Vorschläge: Die Stadt Freiburg bittet daher nachdrücklich um:

- Detaillierte Angaben über die Lagerkapazitäten und die Sicherheitsvorkehrungen, die eine unbeabsichtigte Freisetzung von Schadstoffen verhindern.
- Strikte Überwachung der Lagerbedingungen, insbesondere hinsichtlich Brandschutz, Dichtheit und potenzieller chemischer Reaktionen.
- Regelmäßige Berichte über die radiologische Sicherheit der gelagerten Materialien und Rückstände.

2.3. Betrieb

Emissionen und Zwischenfälle: Der Betrieb des Technocentre birgt eventuell Risiken durch die Freisetzung von radioaktiven Partikeln in Luft und Wasser. Besonders bei Zwischenfällen wie Bränden könnten radioaktive Substanzen entweichen und grenzüberschreitende Auswirkungen haben.

Vorschläge:

1. **Wassersicherheit:** Der Betreiber muss garantieren, dass geschlossene Kreislaufsysteme und Filtermechanismen robust und gegen Störungen abgesichert sind. Eine unabhängige Überwachung der Wasserqualität in der Rheinregion und der Grundwasserleiter muss eingeführt werden.
2. **Effizienz der Filteranlagen:** Der Betreiber sollte eine regelmäßige externe Überprüfung der Effizienz der Luftfilteranlagen sicherstellen und Transparenz über die Ergebnisse bieten.
3. **Betriebsstörungen und Unfälle:**

Die Stadt Freiburg bittet daher nachdrücklich um:

- Eine detaillierte Analyse der potenziellen Auswirkungen von Betriebsstörungen, einschließlich Szenarien wie Flugzeugabstürzen und Erdbeben.
- Die Einrichtung eines robusten Brandschutzkonzepts sowie regelmäßige Notfallübungen.
- Grenzüberschreitende Abkommen zur Alarmierung und Koordination bei Unfällen.

2.4. Endprodukt

Langzeitsicherheit: Die Stadt Freiburg äußert Zweifel daran, dass der Betreiber des Technocentre gewährleisten kann, dass die recycelten Metalle insbesondere bei der Nutzung in Alltagsgegenständen keine gesundheitliche Gefahr darstellen.

Vorschläge: Die Stadt Freiburg schlägt umfassende Studien zur Langzeitsicherheit der Metalle und eine lückenlose Rückverfolgbarkeit des Endprodukts vor. Zudem müssen strenge Sicherheits- und Qualitätskontrollen für alle recycelten Metalle gewährleistet werden. Im Zweifel sollten recycelte Metalle nur in der nuklearen Industrie weiterverwendet werden dürfen.

2.5. Abfallprodukte

Entsorgung und Rückstände: Die sichere Entsorgung von Schlacke und anderen radioaktiven Rückständen, die während der Verarbeitung entstehen, ist ein zentrales Anliegen. Es besteht die Gefahr, dass unsachgemäße Lagerung oder Transport die Umwelt beeinträchtigen könnte.

Vorschläge: Die Stadt Freiburg schlägt ein abgestimmtes Entsorgungskonzept vor, das auch grenzüberschreitende Aspekte berücksichtigt. Detaillierte Informationen über die geplante Lagerung und mögliche Alternativen sind unerlässlich.

3. PROZESS UND TRANSPARENZ

Nachhaltigkeit und Ethik: Die Stadt Freiburg sieht einen Widerspruch zwischen dem Technocentre und der angestrebten nachhaltigen Entwicklung der Region. Die Verwendung von Materialien aus Kernkraftwerken für zivile Zwecke sollte kritisch geprüft und öffentlich diskutiert werden.

Beteiligung und Information: Die Stadt Freiburg bittet darum, dass sämtliche Informationen zu den Risiken, der Überwachung und den Auswirkungen des Technocentre der deutschen Öffentlichkeit in deutscher Sprache zugänglich gemacht werden. Unabhängige Expertengremien sollten idealerweise in die Überwachung eingebunden werden.

Rückverfolgbarkeit der Metalle: Der Betreiber muss ein digitales Rückverfolgbarkeitssystem einführen, das die Herkunft und Nutzung der recycelten Metalle dokumentiert. Dieses System muss für unabhängige Überprüfungen zugänglich sein.

Unfallkommunikation: Die Stadt Freiburg schlägt die Einrichtung eines engmaschigen Informationsnetzwerks vor, das im Falle eines Unfalls eine unverzügliche Benachrichtigung deutscher Behörden sicherstellt.

4. WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE AUSWIRKUNGEN

Langfristige Ziele der Region: Die Einrichtung eines Technocentre darf nicht den Zielen der Innovationsregion Fessenheim entgegenstehen. Die Stadt Freiburg fokussiert eine klare Ausrichtung der regionalen Entwicklung auf die Energiewende und nachhaltige Wirtschaft und steht hierbei als Kooperationspartner gerne zur Verfügung.

5. STANDORT UND GRENZÜBERSCHREITENDE ASPEKTE

Standortwahl: Die Wahl von Fessenheim als Standort für das Technocentre, in unmittelbarer Nähe zur deutschen Grenze, birgt Risiken für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und das Vertrauen in die regionale Entwicklung. Freiburg fordert eine klare Begründung und die Berücksichtigung deutscher Anliegen.

Transport und Logistik: Freiburg fordert umfassende Sicherheitskonzepte für den Transport der Metalle und Abfälle, einschließlich eines transparenten Dialogs mit deutschen Behörden und Nachbarländern.

6. SCHLUSSFOLGERUNG

Die Stadt Freiburg spricht sich dafür aus, die Pläne für das Technocentre kritisch zu hinterfragen und die öffentliche Debatte als Chance zu nutzen, um nachhaltige Alternativen für die Region Fessenheim zu prüfen. Der Fokus sollte auf einer langfristigen, grenzüberschreitenden Kooperation liegen. Insbesondere stellen die Bereiche Umwelt, Gesundheit, Innovation und Forschung eine Chance für die nachhaltige Entwicklung der Region dar. Die Stadt Freiburg steht hier als Kooperationspartner für grenzüberschreitende wirtschaftliche Zusammenarbeit gerne zur Verfügung.

Zugleich bedanken wir uns für den frühzeitigen Informationsaustausch zwischen den beteiligten Akteuren in Deutschland und Frankreich im Rahmen der öffentlichen Debatte. Wir stehen auch in Zukunft gerne bereit, uns an einem konstruktiven Dialog zu beteiligen, der nach guten Lösungen für die Bevölkerungen auf beiden Seiten des Rheins sucht.

